

i Fijáte !

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 336

8. Juni 2005

11. Jahrgang

Goldminen in San Marcos: „Entwicklungshilfe“ mit Unterstützung der Weltbank

Gegen den Willen der lokalen Bevölkerung betreibt die guatemaltekische Regierung eine offensive Politik in Sachen Minen und Abbau von Metallen. Die Ausbeutung von Bodenschätzen wird von internationalen Geldgebern wie der Weltbank unterstützt und von deren EntwicklungsspezialistInnen als DIE Alternative zum sich stetig verschlechternden Kaffeehandel angepriesen.

Während die Regierung eine Lizenz nach der anderen an ausländische Minenunternehmen vergibt, nehmen in den betroffenen Gemeinden die negativen Auswirkungen der Minentätigkeiten zu. Im Departement San Marcos, wo das kanadische Unternehmen Glamis Gold bzw. deren guatemaltekische Tochterfirma Montana im Abbau tätig ist, wird der Widerstand der Bevölkerung unter anderem vom *Movimiento de Trabajadores del Campo* (MTC), das der Diözese von Bischof Alvaro Ramazzini angehört, unterstützt und begleitet. Im folgenden Interview erläutert Vinicio López vom MTC das triste Panorama und die düsteren Zukunftsaussichten im Kampf gegen den Goldabbau.

Frage: Wie sieht die aktuelle Situation rund um die Minentätigkeiten im Departement San Marcos aus?

Vinicio López: In San Marcos sind vor allem die Gemeinden Sipacapa und San Miguel von den Minenprojekten der Glamis Gold betroffen. Dazu kommen insgesamt dreizehn Gemeinden in Huehuetenango, San Marcos und Quetzaltenango, für die kürzlich eine Lizenz zur Terrainerkundung vergeben wurde. Seitens der Regierung scheint der feste Wille zu bestehen, den Minenbau voranzutreiben, sie wollen quasi einen Minendistrikt aus dem ganzen westlichen Hochland machen. Seitens der Bevölkerung nimmt der Widerstand gegen diese Form von „Entwicklungspolitik“ täglich zu (siehe nebenstehender Artikel). Die Leute haben aus verschiedenen Gründen Angst, zwei davon scheinen mir erwähnenswert: Das Land und das Wasser. Viele BäuerInnen der Region besitzen kein eigenes Land und die wenigen, die etwas besitzen, werden mehr oder weniger gezwungen, es dem Minenunternehmen zu verkaufen. Damit wird gleichsam der BäuerInnenstand in der Region ausgerottet. Das andere grosse Thema ist der Zugang, der Gebrauch und die Verschmutzung von Wasser. Die Mine braucht 250'000 Liter Wasser pro Stunde, gegenüber einer durchschnittlichen Bauernfamilie, die Zugang zu ca. 70 Liter Wasser pro Tag hat, vorausgesetzt, sie hat einen Wasseranschluss. Ansonsten sind es vor allem die Frauen und Kinder, die zum Teil weite Strecken zu Fuss zurücklegen, um Wasser zu holen.

Frage: Gab es konkrete Streitigkeiten ums Wasser bzw. gibt es eine reale Wasserknappheit in der Region?

V. L.: In Sipacapa und San Miguel gab es schon immer Wassermangel, mit oder ohne Minen. Seit neuestem haben die Betreiber der Minen aber zusätzlich begonnen, die Quellen der höher gelegenen Gemeinden aufzukaufen. Es sind jedoch nicht die Minenbesitzer selber, die die Quellen kaufen bzw. das Land auf dem die Quellen liegen, sondern es sind Gemein-

den, die mit der Glamis Gold kollaborieren. Die Gemeinden geben vor, das Quellwasser zu kanalisieren und in ihre Dörfer zu führen, doch wir vermuten, dass ein Grossteil dieser Wasserleitungen direkt zur Mine führt. Dies hat zur Folge, dass der Preis von Land, auf dem sich eine Quelle befindet, in die Höhe geschneit ist. Ein Stück Land, für das früher vielleicht 8'000 Quetzales bezahlt wurde, kostet heute locker zwischen 45'000 und 100'000 Quetzales. Das Problem ist, dass es in Guatemala keine Gesetze über Zugang oder Besitz von Wasser gibt. Im Moment liegt zwar ein Gesetzesvorschlag vor, der jedoch, falls er durchkommt, alles noch viel schlimmer macht, weil er auf eine gänzliche Privatisierung des Wassers abzielt.

Frage: Welche anderen negativen Auswirkungen sind in der Region zu spüren, seit die Minentätigkeit begonnen hat?

V. L.: Es sind in erster Linie soziale Auswirkungen, z.B. die Sicherheitsfrage. Davon sind vor allem die Frauen betroffen. Nach vier Uhr nachmittags haben viele Frauen Angst, ihr Haus zu verlassen.

Frage: Weshalb?

V. L.: Sie fürchten sich vor Anmache und sexuellen Übergriffen.

Frage: Davor fürchten sich die Frauen im ganzen Land! Was hat das konkret mit den Minen zu tun?

V. L.: Es hat insofern mit den Minen zu tun, als dass es dort ausschliesslich männliche Arbeitskräfte gibt. Von den 1'200 Angestellten, welche die Mine aktuell beschäftigt, sind 325 aus Sipacapa und San Miguel, der Rest kommt entweder aus dem Osten des Landes oder aus El Salvador und Honduras. Die allermeisten dieser Leute sind nicht

direkt von der Mine angestellt, sondern diese hat Verträge mit Kontraktfirmen abgeschlossen. Damit entledigt sie sich sämtlicher Verantwortung bezüglich Verpflegung und Unterkunft, Sicherheit, Einhaltung des Arbeitsrechts und sie ist auch nicht für das Verhalten der Angestellten im öffentlichen Raum verantwortlich.

In San Miguel wurde eine ganze Infrastruktur für die Unterbringung dieser Angestellten aufgebaut, doch in ihrer Freizeit bewegen sie sich in den Dörfern. Ein Phänomen, das seit der Anwesenheit der Mine in der Region zu beobachten ist, sind betrunkene Männer zu jeder Tages- und Nachtzeit.

Dazu kommen die Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit den Minentätigkeiten, die bereits zwei Todesopfer gefordert haben. Eins im Januar und das andere im März. Die offizielle Information war, dass zwei Bauern, der eine aus Sololá und der andere aus San Miguel, umgekommen sind. Von zwei Bauern zu sprechen, verdeckt aber den rassistischen Hintergrund, auf dem die guatemalteckische Gesellschaft aufgebaut. Es waren nämlich nicht einfach zwei Bauern, sondern es waren zwei Indígenas, die umgebracht wurden. Für mich hat die ganze Diskussion um die Minen eine starke rassistische, diskriminierende Komponente und ich wage sogar zu behaupten, dass hier ein Ethnozid stattfindet. Das Recht der indigenen Bevölkerung auf Mitsprache und Mitbestimmung wird mit Füßen getreten und die Regierung verteidigt um jeden Preis die Minentätigkeit, obwohl 85 – 90% der hiesigen, indigenen Bevölkerung dagegen ist.

Frage: Als die Minentätigkeit begann, versprach die Glamis Gold das Blaue vom Himmel herunter: Arbeitsplätze, Strassen, Gesundheitszentrum, Entwicklungsprojekte, etc. Wurde irgendetwas davon realisiert?

V. L.: In diesem Zusammenhang ist wichtig zu erwähnen, dass hinter dieser ganzen Geschichte die Weltbank steckt. Die Weltbank hat Geld geliehen, um den Minenabbau voranzutreiben und hat gleichzeitig Geld gegeben, um begleitend ein paar Projekte unter dem Stichwort „soziale Verantwortung der Unternehmer“ durchzuführen. Dazu wurde eine Stiftung mit dem Namen „Sierra Madre“ gegründet, die sich um die Realisierung dieser Entwicklungsprojekte kümmert. In erster Linie geht es aber darum, das Image von Glamis Gold aufzupolieren und mit einem Haufen Geld um sich zu werfen. Letztes Jahr verfügte „Sierra Madre“ über ein Budget von 200'000 US\$. 75% dieses Geldes wurde in Löhne,

Infrastruktur und Fahrzeuge der Stiftung investiert, sowie in die Bestechung der Gemeindebehörden und sonstiger Autoritäten, wie z. B. des Kommandanten der Militärbasis oder der Friedensrichter. Selbstverständlich wurde die eine oder andere Strasse gebaut oder verbessert, aber alle diese Strassen führen zur Mine. Oder es wurde eine Brücke geflickt, die von den schweren Lastwagen der Mine zerstört wurde. Ich habe gar den Verdacht, dass die eingangs erwähnten „Wasserprojekte“, die von einigen Gemeinden ausgeführt werden und direkt zur Mine führen, ebenfalls von der Stiftung finanziert werden. Ebenso gibt es ein Wiederaufforstungsprojekt, doch mit dem einzigen Ziel, das durch die Minentätigkeit angerichtete Umweltschaden zu verdecken.

Was mich an der ganzen Sache am meisten stört ist, dass es die Regierung mangels einer eigenen Entwicklungspolitik der Privatinitiative überlässt, sich um Infrastruktur-, soziale und Entwicklungsprojekte zu kümmern und ihr damit eine Verantwortung übergibt, die zu übernehmen sie selber nicht in der Lage ist.

Frage: Du hast vorhin den Kommandanten der Militärzone erwähnt. Welche Rolle spielt das Militär in der Region und im Zusammenhang mit den Minen?

V. L.: Die guatemalteckische Gesellschaft ist trotz Friedensabkommen nach wie vor stark militarisiert. Der Militärapparat ist der am besten funktionierende Apparat in unserem Land, dazu kommt die von der Regierung unterstützte und geförderte Privatisierung der Sicherheit. Die Anwesenheit von Militär in San Marcos wird damit begründet, dass es ein Grenzdepartement ist und das Militär die Aufgabe hat, die Grenzen zu schützen. Eine Verbindung zur Mine besteht deshalb, weil laut Gesetz das Militär anwesend sein muss, wenn im industriellen Bereich mit Sprengstoff gearbeitet wird, was bei den Minen der Fall ist. Was dabei genau die Aufgabe der Militärs ist, ist mir schleierhaft. Tatsache ist, dass sie in der Mine ein und ausgehen, was natürlich in der vom Krieg traumatisierten Bevölkerung die Angst schürt. Viele Leute sind deshalb nicht bereit, z. B. an einer Demonstration gegen die Mine teilzunehmen, weil sie sich vor Repression seitens des Militärs fürchten.

Frage: Hier in San Marcos ist das Minenprojekt schon weit vorangeschritten. Hat die Bevölkerung überhaupt noch eine Chance, diesen Prozess irgendwie zu beeinflussen oder aufzuhalten?

V. L.: Die Bevölkerung hat trotz aller Widrigkeiten und autoritärem Verhalten der Regierung eine interessante Entwicklung durchgemacht. Ich weiss nicht, ob Demokratie das richtige Wort ist, auf alle Fälle haben die Leute gelernt, dass sie Rechte haben sowie das Recht, diese einzufordern. Im Moment läuft in Sipacapa und Comitancillo eine Volksbefragung, eine Art Volksabstimmung darüber, ob die Bevölkerung die Anwesenheit eines Minenunternehmens in der Gemeinde will oder nicht. Dieser Prozess hätte eigentlich durch die Regierung initiiert werden sollen, doch diese ist weder in der Lage noch hat sie ein Interesse daran, diese Form von Partizipation der Bevölkerung zu fördern.

Dabei ist wichtig zu beachten, dass es sich um zwei Indigenagemeinden handelt, die sich sowohl auf die allgemeinen nationalen Gesetze wie auch auf die speziellen Rechte der Indígenas berufen und die Befragung nach ihrer eigenen Traditionen durchführen. Ich sehe dies als Zeichen von Reife, Stärke und wachsendem Selbstbewusstsein der indigenen Bevölkerung gegenüber der historischen Unterdrückung und seit neuestem auch gegenüber den transnationalen Unternehmen, die ihnen ihre Existenz zu zerstören drohen.

Frage: Wenn nun in dieser Volksabstimmung herauskommt, dass die Bevölkerung keine Minen in ihren Gemeinden will, glaubst du, dass die Regierung diesen Entscheid akzeptieren wird?

¡Fijáte!

**Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.**

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise

14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

V. L.: Es ist eine Herausforderung an die Institutionalität des Landes, mit diesem Entscheid der Bevölkerung umzugehen. Es zeigt sich ja tagtäglich, dass weder unsere Institutionen noch die politischen Parteien funktionieren. In diesem Fall ist es die organisierte Bevölkerung, die ihre Rechte unter Berufung auf die geltenden Gesetze und Konventionen geltend macht – und es wird sich zeigen, wie ernst es die Regierung (und die Weltbank) mit ihrem Diskurs von Partizipation und Demokratie meint.

Frage: Und wenn ihr Wille nicht respektiert wird, wie wird die Bevölkerung reagieren?

V. L.: Im Falle von Sipacapa haben die Leute in den vergangenen Monaten deutlich gemerkt, welche Interessen die Regierung, das Minenunternehmen und die Weltbank haben. Kürzlich ist ein Dokument der Weltbank erschienen, in dem der Minenbau als die Option für Guatemala bezeichnet wird, in die in Zu-

kunft investiert werden soll. Es ist also klar, in welche Richtung die Entwicklung gehen soll. In einem Gespräch mit VertreterInnen der Weltbank haben die Leute von Sipacapa zwei Punkte erwähnt, die mir sehr wichtig erscheinen. Erstens: Sie hätten die Weltbank nie darum gebeten, in ihre Gemeinde Geld zu investieren und diese solle doch bitte mit ihrem Geld wieder gehen. Und zweitens: Die Bevölkerung sei dazu bereit, ihr Land, ihre Ressourcen, ihre Familien und ihr Leben zu verteidigen, koste es was es wolle. In einem Ort wie Sipacapa heisst das: Bis zu den letzten Konsequenzen, bis zum Tod.

Frage: Wie siehst du die Zukunft für Sipacapa und San Miguel, bzw. für die Minenpolitik generell?

V. L.: Für die Regierung gibt es kein zurück mehr, die eingeschlagene Politik wird vorangetrieben. Es stecken zu viele Regierungs- und Privatinteressen von Regierungsmitgliedern darin, um im jet-

zigen Stadium zurückzukrebsen.

Als MTC werden wir versuchen, alle uns zur Verfügung stehenden legalen und demokratischen Mittel auszuschöpfen und wir werden die Bevölkerung in ihrem hoffentlich gewaltfreien Widerstand unterstützen. Leider hat aber auch die Gewaltfreiheit ihre Grenzen, wobei ich doch sehr hoffe, dass diese Grenzen noch lange nicht erreicht sind.

Die betroffene Bevölkerung wird weiterkämpfen, nicht nur gegen dieses Projekt, sondern auch gegen andere negative Auswirkungen, welche die neoliberale Globalisierung und die Freihandelsabkommen mit sich bringen. Es ist eine sehr komplizierte und komplexe Situation in der wir stecken, und wenn wir das Machtverhältnis anschauen, sieht es nicht gut aus für meine Träume und Phantasien einer „Politik von Unten“. Hoffentlich irre ich mich!

Vielen Dank für das Gespräch!

Minen: Wachsender Widerstand gegen Lizenzvergaben

Guatemala, 25. Mai. VertreterInnen verschiedener sozialer Organisation, die Gemeindebehörde sowie die Bevölkerung von Comitancillo, San Marcos, wehren sich gegen die Vergabe neuer Lizenzen zum Abbau von Metallen in der Region und beschuldigen die Regierung, ihr Versprechen nicht einzuhalten, die Vergabe von Lizenzen zu suspendieren, bis die Bevölkerung ihre Meinung zum Projekt des Minenunternehmens „Entre Mares“ abgeben konnte. Die Bevölkerung von Comitancillo reklamiert, dass sie vom Ministerium für Energie und Minen (MEM) nie über das Vorhaben informiert bzw. um ihre Meinung dazu befragt wurde. Comitancillo ist die ärmste Region des westlichen Hochlands und die erste Gemeinde, in der die Regierung Berger das von ihr neu geschaffene „Nationale Programm gegen Armut und Unterernährung“ einführte, eine „politische Show“, wie es die Gemeindeglieder nennen.

Am vergangenen 20. April beschlossen die BürgerInnenvertreterInnen von Comitancillo in einer Generalversammlung, ihren Widerstand gegen die Minenprojekte zu verschärfen und forderten vom MEM die Durchführung einer Volksbefragung (consulta popular) zum Thema. Weiter kritisierten sie die Schaffung einer Kommission auf Regierungsebene, welche das Thema diskutieren soll, weil dies bloss eine Strategie zur Neutralisierung des Volksprotestes

sei und diesen in keiner Weise ernst nehme.

Auch in verschiedenen Gemeinden Huehuetenangos wächst der Widerstand gegen die Vergabe von Minenlizenzen. VertreterInnen von Organisationen der Gemeinde Santa Eulalia protestierten bei den Kongressabgeordneten gegen die staatliche Minen-Politik. „Als sie unsere WählerInnenstimmen brauchen, sind sie in unsere Dörfer gekommen, wenn sie doch nur jetzt auch kommen würden, um uns über unsere Meinung zu den Minen zu befragen“, erklärte einer der Protestierenden. Die BewohnerInnen von Santa Eulalia fordern von der Regierung nachhaltige ökologische Projekte sowie einen ständigen Dialog mit den Gemeinden über die geplanten „Entwicklungs-“ Projekte.

Nicht nur im westlichen Hochland, sondern auch im Osten des Landes, in Chiquimula, wehrt sich die Bevölkerung gegen die Vergabe von 22 Lizenzen zur Ausbeutung von Bodenschätzen. In diesem Fall gehören die betroffenen Gemeinden der Indígena-Gruppe der Ch’ortis an, unter anderem geht es um die Gemeinden Jocotán und Camotán, die in den letzten Jahren regelmässig von einer extremen Dürre und als Folge davon von Lebensmittelknappheit betroffen waren. Die Abholzung der Wälder und die Monopolisierung des letzten Restes Wasser in der Region durch die Minen hätten verheerende Folgen für

diese Gemeinden.

SchülerInnen und LehrerInnen aus 23 Gemeinden in Chiché, Quiché, protestierten mit einer Demonstration gegen die Vergabe von Lizenzen an Minenunternehmen in der Region. Organisiert wurde die Manifestation von der LehrerInnenvereinigung von Chiché, mit Einverständnis der Eltern der teilnehmenden SchülerInnen, wie der Präsident dieser Organisation, Santiago Morales, unterstrich. „In unseren Gemeinden sind die Problematik und die schädlichen Folgen des Minenabbaus für die Umwelt bekannt und niemand will die Minenunternehmen in der Gemeinde“, erklärte Morales.

Derweil überreichten die VertreterInnen der Bevölkerung von Comitancillo dem MEM Tausende von Unterschriften und die ablehnenden Ergebnisse der Volksbefragung in den 52 von 55 Dörfern bezüglich der Minentätigkeit. Auch die entsprechende Kommission des Kongresses erhielt eine Kopie der Dokumente. Die zuständigen Kongressabgeordneten versprochen, die Position der Bevölkerung zu analysieren und so bald wie möglich eine Antwort darauf zu geben.

Ein Detail, das die Volksbefragung von Comitancillo möglicherweise in Frage stellen kann ist, dass diese nicht in Absprache mit dem Wahltribunal durchgeführt wurde und von diesem als ungültig erklärt werden könnte.

Traurige Bilanz zum Welt-Umwelt-Tag

Guatemala, 1. Juni. Guatemala wird am Welt-Umwelttag am 5. Juni nicht viel zum Feiern haben, sieht es sich doch ernsthaften Problemen hinsichtlich des ökologischen Gleichgewichts im Lande gegenüber. Umwelt-, BäuerInnen- und Kirchenorganisationen schreiben die Hauptverantwortung für die stete Umweltzerstörung der Regierung zu, die nicht nur mittels der Vergebung von Konzessionen für den Abbau von Bodenschätzen und einer fehlenden nachhaltigen Umweltpolitik die Zeitbombe ticken lassen.

Weder gibt es ernsthafte Ansätze und entsprechende Infrastruktur zum Umweltrespektierenden Umgang mit Abwässern, Abfällen und Abgasen, noch spielen diese Aspekte eine Rolle bei wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen; vor allem, wenn es um Verhandlungen auf internationaler Ebene geht, wie im Fall des Freihandelsabkommen zwischen Zentralamerika, der Dominikanischen Republik und den Vereinigten Staaten.

Der Abbau von Gold im Tagebau,

der Bau von Staudämmen und die Exploitation von Erdöl, die verstärkt im laufenden Jahr ins öffentliche Gespräch gekommen sind (siehe auch separate Artikel), haben unterdessen nicht „nur“ konkret Umweltverschmutzende und –gefährdende Folgen, sondern bedrohen mit den für die Aktivitäten oft notwendigen Platzschaffenden Massnahmen das Recht der lokalen Bevölkerung auf selbstbestimmtes Leben, werden die AnwohnerInnen doch den Umständen entsprechend gerne umgesiedelt.

Die fehlenden Kapazitäten der Regierung, die Einhaltung grundlegender, in den Verträgen mit den meist privatwirtschaftlichen transnationalen Abbauunternehmen letztendlich nur auf dem Papier fest gehaltenen Umweltbedingungen zu kontrollieren und schliesslich auch zu sanktionieren, tragen das ihre zur Schwächung der staatlichen Einflussmöglichkeiten bei.

Armando González, Umweltaktiver Franziskanermönch, kritisiert konkret die existierenden Regierungsinstitutionen wie das *Nationale Waldinstitut* (INAB),

den *Nationalrat für Schutzgebiete* (CONAP), das *Ministerium für Umwelt und Naturressourcen* und andere wegen ihres Nichtstuns in Sachen Nutzen und Umgang mit der Natur.

Die repressive Reaktion der Regierung gegenüber den Protesten der Bevölkerung gegen den Minenabbau und die Ignoranz gegenüber der Bedrohung von AktivistInnen, die beispielsweise den Illegalen Holzschlag und –handel publik machen, zeigen dabei einmal mehr die Haltung derjenigen auf, die die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und letztendlich auch Umweltfäden in der Hand haben.

Hinter González stehen unter anderem die *Koordination der Sozialen Organisationen* (COS), die *Bewegung der LandarbeiterInnen von San Marcos*, die *Allianz für das Leben und den Frieden des Petén*, sowie die *Gewerkschaftsföderation der Wald-, Holz-, Umwelt- und NaturressourcenarbeiterInnen* (FESITRASMAR), die für den 3. Juni eine Demonstration in der Hauptstadt geplant haben.

Wasserkraftwerk zur Volksabstimmung

Zacapa, 25. Mai. Angesichts der Opposition der Bevölkerung, Sozialen und Umweltorganisationen liegt die Entscheidung ob des Baus des Wasserkraftwerkes Río Hondo II nun in den Händen der rund 9'000 im Wahlregister eingeschriebenen EinwohnerInnen der Gegend. Diese geben am 3. Juli bei der geplanten und vom Wahlgericht abgesetzten Volksbefragung ihr Urteil ab, ob das Unternehmen Río Hondo S.A., bestehend aus guatemalteken, US-amerikanischen und italienischen Teilhabern mit einer Investition von rund 50 Mio. US-Dollar den Bau des Alternativen Energie-Kraftwerks am Zusammenfluss der Flüsse Colorado und La Quebrada de La Virgen in Angriff nehmen kann.

Die Bevölkerung von Río Hondo hat seit Beginn der Diskussion 1999 um dieses Projekt zahlreiche Aktionen gegen den Bau von Staudämmen durchgeführt. Dazu gehören friedliche Demonstrationen, Seminare, Workshops und Foren; auf einer beantragten Gemeindeversammlung zum Thema kamen 3'000 Unterschriften gegen diese Megaprojekte zusammen.

Im Moment der Staudammöffnung laufen mehr als 14 Gemeinden Gefahr im Wasser unterzugehen. Die – bei grünem Licht von Seiten der EinwohnerInnen – laut Plan bis Ende 2008 fertig gestellte Konstruktion soll eine Höhe von 35

Metern haben und einen Stausee von rund 13 Hektar umfassen. Die elektrische Leistung des Wasserkraftwerks wird auf eine jährliche Generierung von 130 Gigawatt geschätzt. Damit soll gemäss des Unternehmensvertreter Mario Roberto Monterroso der Wasserkraft-Entwicklungsplan der Regierung unterstützt werden, der noch drei weitere Projekte mit einschliesst. Für diese ist eine Inversion von 1,5 Mrd. US-Dollar notwendig, um das Ziel zu erreichen, 800 Megawatt an Energie für die Nachfrage bereitzustellen.

Mit dem Bau von Río Hondo II soll die dem staatlichen Energieinstitut INDE gehörende Wasserkraftanlage Río Hondo I ersetzt werden, die durch den Hurrikan Mitch im Jahr 1998 verstärkt zugeschliffen wurde. Dies ist bei Staudämmen ein relativ normales Vorkommnis und könnte durch eine Säuberung aufgehoben werden. Als alleinige Rechtfertigung für einen neuen Staudamm langt das Argument nicht.

Während das Mischunternehmen sich weiter um die legalen Papiere kümmert, die Konzession wurde ihm bereits 2003 vom INDE ausgestellt, kündigen ihm die lokalen AnwohnerInnen an, am Stichtag eine Überraschung erleben zu dürfen, denn planmässig werden wohl alle Wahlberechtigten „Nein“ zu der ausstehenden Bedrohung für ihre Dörfern sagen.

Ehepflicht

Guatemala, 30. Mai. Katholische Priester, evangelische PastorInnen und StandesbeamtenInnen trauten am letzten Sonntag im Mai rund 320 Personen in Ipala, Departement Chiquimula. Die einen schlossen den Bund der Ehe wohl aus Liebe, die anderen einten ihre Leben in der Hoffnung auf ein eigenes Zuhause.

Roel Pérez, Bürgermeister des Munizips, erläuterte, dass die Paare – unter ihnen Heranwachsende, die gerade einmal 18 Jahre alt geworden sind bis zu SeniorInnen von 70 Jahren – sich das Ja-Wort vor dem Altar gaben, „denn verheiratet zu sein ist unabdingbare Voraussetzung“, um sich für ein staatliches Wohnungsprogramm zu bewerben.

Der *Guatemaltekenische Fond für Wohnungsbau* der Regierung (FOGUAVI), eine Institution, die Kernfamilien Kredit für den Erwerb einer Wohnung gewährt, ist die konditionierende Stelle. Der Wohnungsfond wird finanziert von der internationalen Nicht-Regierungsorganisation *Miramundo*, die Koordination liegt in den Händen von dieser und dem Fond. „Es ist FOGUAVI, der die Ehebedingung stellt und wir müssen das respektieren“, so Herbert Miranda, Direktor von *Miramundo*.

Militärhilfe aus "Ost" und "West"

Guatemala, 23. Mai. Valery Nikolayenko, russischer Botschafter in Guatemala seit 2002, erläutert in einem Interview mit der Tageszeitung *el Periódico* die mögliche Unterstützung Russlands in Sachen technischer Beratung des Militärs und Handelsbeziehungen zwischen den beiden Nationen.

Frage: Wie würde Russland die Modernisierung der guatemaltekischen Armee unterstützen?

Nikolayenko: Wir haben immer die Abrüstung befürwortet, und wir sind der Ansicht, dass es notwendig ist, in Ländern, in denen diese ein Problem ist, die Politik zu unterstützen, die die Abrüstung vorantreibt. Die Modernisierung der Armee in Guatemala ist etwas, was bereits seit Unterzeichnung der Friedensverträge hätte in Angriff genommen werden müssen. Doch das einzige, was getan wurde, ist die Verkleinerung derselben. Heutzutage muss sie neuen Bedrohungen wie dem Drogenhandel und der Delinquenz begegnen.

Frage: Wie würden Sie letzteres unterstützen?

Nikolayenko: Russland hat sich immer durch seine hochtechnologische und leicht zu handhabende Waffenindustrie ausgezeichnet. Wir könnten die Armee auf technischer Ebene unterstützen, um diese Institution in einen effizienten Betrieb zu verwandeln, der fähig ist, auch den Terrorismus zu bekämpfen, dem sich viele andere Länder der Welt ausgesetzt sehen. Die Erfahrung, die wir im Zweiten Weltkrieg gewonnen haben, hat uns die Bedeutung vor Augen geführt, Verbündete zu haben, um in Demokratie zu leben.

Frage: Ist diese Demokratie, von der Sie sprechen, seit der Handelsöffnung Russlands zu spüren?

Nikolayenko: Nach dem Mauerfall in Berlin sind die demokratischen Veränderungen in Russland nun im wirtschaftlichen und Handelssektor zu erkennen. Mit Guatemala beispielsweise, haben wir allein im vergangenen Jahr Transaktionen zwischen den beiden Ländern von mehr als 1 Mrd. US-\$ realisiert. Wir sprechen hier von einer völligen Öffnung des russischen Marktes für guatemaltekische Produkte. Ebenso unterstützen wir seit einigen Jahren den Bildungssektor des Landes, indem wir jährlich 15 Stipendien an Studierende vergeben, die an russischen Universitäten studieren wollen.

Frage: Das Thema Erdöl ist eines, das die ganze Welt betrifft und insbesondere Länder wie Guatemala. Könnte Russland diesem den Zugang zu den Preisen des Kraftstoffes erleichtern?

Nikolayenko: Diese Angelegenheit wird seit letztem Jahr mit einigen politischen Chefs Amerikas diskutiert. Als Land möchten wir unseren Beitrag zu diesem Thema leisten und es wird auch ein Punkt sein, der bei dem nächsten Besuch von Aussenminister Jorge Briz in Moskau im Oktober angesprochen werden wird."

Das Thema Militärhilfe kam auch andernorts - wieder einmal - aufs Tapet, nämlich beim Gespräch zwischen Verteidigungsminister Carlos Aldana Villanueva und dem US-amerikanischen Staatssekretär für die *Angelegenheiten der westlichen Hemisphäre* in Washington, Roger Noriega. Die zu beobachtenden Fortschritte in Sachen Menschenrechte, so Noriega, hätten es möglich gemacht, die 3,2 Mio. US-\$ des Militärhilfeprogrammfonds der US-Regierung (MAP für seine englische Bezeichnung) locker zu machen, und das Staatssekretariat habe dieses Jahr im US-Kongress beantragt, das Verbot der Militärhilfe für Guatemala nach inzwischen 15 Jahren aufzuheben (siehe auch ¡Fijáte! 329 und

331).

Noriega wies darauf hin, dass die Öffnung Guatemalas hinsichtlich der Präsenz internationaler Menschenrechtsbeobachtung im Land dem US-Staatssekretariat helfe, die Billigung durch den US-Kongress zu gewinnen. Gleichzeitig bewertete er die Verabschiedung der Installation des Büros des *Hochkommissariats der Vereinten Nationen für Menschenrechte* (ACNUDH) durch das guatemaltekische Parlament als positiv. Diese summieren sich zu der eingenommenen Haltung gegenüber der *Untersuchungskommission Illegaler Körperschaften und Klandestiner Strukturen* (CICIACS) (siehe auch separater Artikel).

Interessant wäre, zu erfahren, inwieweit die guatemaltekische Entscheidung zu Gunsten des VN-Büros konkret im Zusammenhang mit der US-Unterstützung steht und wieweit diese auch in Sachen Ablehnung der CICIACS ihre Hände mit im Spiel haben. Noriegas Stellungnahme tönt angesichts der aktuellen Situation jedenfalls mehr als zynisch.

Angeklagt: FONAPAZ und FONTIERRA

Guatemala, 27. Mai. In einer Pressekonferenz gaben Abgeordnete der *Patriotischen Partei* (PP) bekannt, dass der *Nationale Friedensfond* (FONAPAZ) mittels Vertragsabschlüssen mit Geisterfirmen für die Ausführung von Bauarbeiten Gelder hinterzogen habe. Die Adressen der Firmen entsprächen Privatwohnungen und die Daten in den Akten von FONAPAZ stimmten nicht mit den Informationen überein, die im Handelsregister einzusehen seien. Die Abgeordneten beantragten nun beim Nationalen Rechnungshof die Rechnungsprüfung der Institution, um den Verbleib der rund 15 Mio. Quetzales (ca. 2 Mio. US-\$) festzustellen.

Mit der Beschuldigung der Korruption im Friedensfond wurden die PP-VertreterInnen beim Generalstaatsanwalt Juan Luis Florido vorstellig. „Ich bitte den Präsidenten Oscar Berger öffentlich, den Direktor des Fonds, Edgar Ajcjp, seines Postens zu entheben, mindestens solange, bis die Sache aufgeklärt ist“, so PP-Chef Otto Pérez Molina.

Während der Beschuldigte Ajcjp die Vorwürfe von sich wies, die entsprechenden Akten zur Verfügung stellte und selbst die Ermittlung der Situation beantragte, genießt er vollste Rückendeckung durch Präsident Berger. Dieser hatte noch kurz vor der Stellungnahme zu Gunsten Ajcips gefordert, den Friedensfond gründlich zu untersuchen und hatte das soziale

Monitoring durch die Kongressmitglieder gelobt.

Pérez Molina verdächtigt den FONAPAZ-Direktor derweil, das nationale Handelsforum *Guatecompras* dafür zu benutzen, die illegalen Verträge zu verschleiern.

Unterdessen wird auch die Weste des Landfonds (FONTIERRA) befleckt. Indigene und BäuerInnenorganisationen in Quetzaltenango beschuldigen FunktionärInnen des Fonds der Diskriminierung und des Rassismus. Diese nutzten laut der Anklageführenden Vereinigungen das Argument der Heterogenität ihrer Mitglieder, um ihnen einen Kredit zu verwehren, den die Organisationen bereits seit fünf Jahren beantragen und mit dem sie eine bestimmte Finca kaufen wollen. Die BäuerInnen bewerteten die Begründungen der FONTIERRA-MitarbeiterInnen als absurd. Dadurch würden sie in ihrem Recht auf Landzugang eingeschränkt, um ihre wirtschaftlichen Konditionen und ihre Lebensqualität zu verbessern.

Der besagte Fond sei anstelle einer Alternative zur Lösung der Landprobleme eher ein Mechanismus von „Vitamin B“ und Korruption, so die Unzufriedenen. Deswegen riefen sie die Indigenen und BäuerInnenorganisationen dazu auf, Druck auf die Institution auszuüben, damit die wahre Funktion derselben gewahrt bleibe und Justiz geübt wird im Fall des Verbrechens der Diskriminierung.

ACNUDH-Büro-Ratifizierung im internationalen Kontext

Guatemala, 1. Juni. Nach dem positiven Urteil der *Legislativen Kongress-Kommission für Auslandsbeziehungen* Ende April und der Warnung durch Menschenrechtsprokurator Sergio Morales, dass Guatemala sanktioniert werden könnte, wenn nicht bis zum 15. Mai der Prozess der Ratifizierung abgeschlossen sei, billigte der Kongress dieser Tage doch tatsächlich die Installation des seit zwei Jahren diskutierten *Büros des Hochkommissariats der Vereinten Nationen für Menschenrechte* (ACNUDH). Diese ist möglich ab dem 1. Juli diesen Jahres und gültig für einen Zeitraum von drei Jahren, welcher mittels neuer Verhandlungen mit den VN erweitert werden könne.

Die Aufgaben des Büros werden in der Beratung von Regierung und Zivilgesellschaft sowie der Bereitstellung technischer Kooperation in Zusammenhang mit dem Respekt und der Gültigkeit der Menschenrechte bestehen, so Juan Pablo Corlazzoli, lokaler VN-Repräsentant in Guatemala. Ausgeschlossen ist somit die Kompetenz der Ermittlung von Fällen der Verletzung dieser Rechte.

Erwin Pérez setzt in seinem Artikel in *i. dem* Nr. 743 diese Tatsache in den aktuellen (inter)nationalen Kontext: „Vergangene Woche präsentierte *Amnesty International* (AI) seinen Bericht über die weltweite Situation der Menschenrechte. In diesem wird der Verfall hervorgehoben, den sowohl die Menschen- wie auch die Politischen, Wirtschaftlichen und Sozialen Rechte erlitten haben. Auch wenn sich das Dokument auf 149 Länder bezieht, wendet sich die Hauptaufmerksamkeit doch auf die Missbräuche, die seit dem von den USA lancierten „Kampf gegen den Terrorismus“ begangen werden. Dieser habe laut AI zur Verbreitung von Ängsten in der ganzen Welt beigetragen und fast aus Gewohnheit seien Gespenster der Vergangenheit wieder belebt worden. Vornehmlich jene, die während des Kalten Krieges eine besondere Rolle gespielt haben.“

Nicht wenige Regierungen nutzen das globale Klima aus, um ihre Sicherheitspolitiken zu verschärfen und Antiterrorpläne zu entwerfen, die die jeweiligen Militärstrukturen stärken. Dies ist nicht grundlegend negativ, doch in Ländern mit autoritärer Vorgeschichte, in denen die Demokratie noch in den Kinderschuhen steckt, dient die Konjunktur Machtgruppen,

um ihre Gegner einzuschüchtern oder sich derer gar zu entledigen.

Deswegen überrascht es nicht und stützt vielmehr die Tatsache, dass die LeiterInnen von Sozialen Organisationen in Guatemala die jüngste Anschlagsserie auf ihre jeweiligen Büros als ein Vorhaben betrachten, das über die gemeine Kriminalität hinausgeht und politische Elemente mit einbezieht. Die Sorge ist gewachsen, denn es handelt sich nicht bloss um die minutiöse Durchsuchung und den Raub von Informationen, sondern um Einschüchterungen, Bedrohungen und Kontrollen. Diese sind nicht möglich ohne eine Geheimdienststruktur, die Informationen verarbeitet, ohne ein operatives Netz, das die Durchsuchungen und Einschüchterungen durchführt, ohne die minimale Erfahrung, diese Art von Aktionen durchzuführen und ebenso wenig ohne die träge Reaktion der offiziellen Sicherheitskräfte.

Es ist also von Taten die Rede, die von illegalen Sicherheitsapparaten mit geheimen Informations- und Geheimdienstnetzen begangen werden. Dies führt zu einem Staatsproblem, denn es gibt in diesem Land Machtnetze, die die Institutionalität des Staates schwächen. Das zu lösende Problem besteht in der Frage, wer diese Aufgabe und warum ausführt. Die Antworten darauf können viele und ziemlich unterschiedlich sein, abhängig davon, wer sie gibt. Denn in das Bild muss zudem die Gewaltskala aufgenommen werden, die den Staat als unfähigen Taugenichts erscheinen lässt, die Sicherheit und das Leben der BürgerInnen zu verteidigen.

Die Antworten klingen positiver, wäre zum entsprechenden Zeitpunkt die Schaffung und Installation der *Untersuchungskommission illegaler Körperschaften und Geheimer Strukturen* (CICIACS) ratifiziert worden. Etwas, was aufgrund der geschlossenen Position von rechten Gruppen nicht möglich war, die ihre Standpunkte innerhalb des Kongresses verhärteten, um die Konkretisierung der CICIACS zu verhindern. Die konservativen Gruppen mussten sich wappnen, um die Kommission abzuwinken, wurde diese doch stark von der Internationalen Gemeinschaft vorangetrieben.

Darauf zurückzuführen ist, dass sich die ursprüngliche Initiative in eine Karikatur einer Instanz der Staatsanwaltschaft verwandelt hat, die nicht

nur eines Haushalts sondern ebenso jeglicher Rückendeckung und Glaubwürdigkeit entbehrt.

Dieselben Befürchtungen und Schuldgefühle der rechten Gruppen führten zur Verzögerung der Ratifizierung der Billigung für die Einrichtung des *Büros des Hochkommissariats der Vereinten Nationen für Menschenrechte* (ACNUDH). Erst gestern (31. Mai, die Red.) verabschiedeten die Kongressabgeordneten das Dekret 40-2005, das grünes Licht für die Eröffnung dieses Büros gibt. Auch wenn das erwähnte Dekret einstimmig bestätigt wurde, muss darauf hingewiesen werden, dass dieses in intendierter und nicht zu übersehender Weise jenen Artikel ausschliesst, der der UN-Einheit die spezifische Präsentation eines Berichts über die Situation der Menschenrechte in unserem Land erlauben würde.

Die Annullierung dieses Artikels kann nichts anderes als die Art widerspiegeln, in der die konservativen Gruppen in Bezug auf die Internationale Gemeinschaft denken. Sie haben Angst, dass die Wahrheit ihrer eigenen Taten internationale Folgen haben könnte. Deswegen auch haben sie sich darum gekümmert, die *UN-Mission für Guatemala* (MINUGUA) während ihres Aufenthaltes schlecht zu machen und ihr das Leben zu erschweren. Das gleiche haben sie mit den Friedensverträgen gemacht, mit der CICIACS-Initiative und nun mit dem UN-Menschenrechtsbüro.

Inzwischen wird darüber gesprochen, der CICIACS einen neuen Impuls zu geben, denn sie ist und bleibt eine soziale Forderung, und es die guatemalteckische Gesellschaft selbst, die von den Gruppen der Parallelmächte und durch deren stete Gewalt und Kriminalität beeinträchtigt wird, die nichts als die Gründung der CICIACS zur Folge haben müssten.

Selbstverständlich wird das nicht einfach sein. Dennoch lohnt vielleicht die ernsthafte Mühe mit dem Vorschlag, als ersten Schritt eine gemeinsame Front zu bilden, die diese Gruppen, die daran interessiert zu sein scheinen, Angst und Schrecken zu verbreiten, direkt anzeigt und brandmarkt, diese Gruppen der „Parallelmacht“, die es geschafft haben, sich in die Macht des Staates und in allererster Linie in die Strukturen der öffentlichen Sicherheit einzuschleichen.“